Deutscher Bundestag **Drucksache 14/540**
14. Wahlperiode
16. 03. 99

Antrag

der Abgeordneten Hans Martin Bury, Ernst Schwanhold, Gerd Andres, Dr. Hans Peter Bartels, Klaus Barthel (Starnberg), Bernhard Brinkmann (Hildesheim), Dr. Michael Bürsch, Edelgard Bulmahn, Christel Deichmann, Dr. Peter Eckardt, Sebastian Edathy, Annette Faße, Lothar Fischer (Homburg), Hans Forster, Arne Fuhrmann, Monika Ganseforth, Günter Graf (Friesoythe), Monika Griefahn, Hans-Joachim Hacker, Anke Hartnagel, Hubertus Heil, Frank Hempel, Rolf Hempelmann, Monika Heubaum, Uwe Hiksch, Reinhold Hiller (Lübeck), Jelena Hoffmann (Chemnitz), Iris Hoffmann (Wismar), Gabriele Iwersen, Jann-Peter Janssen, Ilse Janz, Dr. Uwe Jens, Volker Jung (Düsseldorf), Johannes Kahrs, Hans-Ulrich Klose, Volker Kröning, Konrad Kunick, Werner Labsch, Christian Lange (Backnang), Detlev von Larcher, Götz-Peter Lohmann (Neubrandenburg), Dr. Christine Lucyga, Dirk Manzewski, Ulrike Mehl, Angelika Mertens, Christian Müller (Zittau), Volker Neumann (Bramsche), Dr. Edith Niehuis, Dr. Rolf Niese, Manfred Opel, Holger Ortel, Kurt Palis, Reinhold Robbe, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Birgit Roth (Speyer), Thomas Sauer, Bodo Seidenthal, Dr. Hermann Scheer, Horst Schild, Olaf Scholz, Dietmar Schütz (Oldenburg), Brigitte Schulte (Hameln), Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast, Dr. Ditmar Staffelt, Antje-Marie Steen, Joachim Stünker, Franz Thönnes, Hedi Wegener, Wolfgang Weiermann, Reinhard Weis (Stendal), Dr. Rainer Wend, Inge Wettig-Danielmeier, Dr. Margrit Wetzel, Heino Wiese (Hannover), Klaus Wiesehügel, Engelbert Clemens Wistuba, Dr. Wolfgang Wodarg, Peter Zumkley, Wilhelm Schmidt (Salzgitter) und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Werner Schulz (Leipzig), Margareta Wolf (Frankfurt) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Initiative gegen die Auswirkungen der asiatischen Finanzkrise und des internationalen Subventionswettlaufs auf die deutsche und europäische Werftindustrie

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die seit einiger Zeit schwierige Lage der deutschen/europäischen Werftindustrie hat sich im vergangenen Jahr insgesamt nicht verbessert. Zwar konnten die deutschen Schiffbauer aufgrund erheblicher Unsicherheiten bei der Schiffsfinanzierung zu Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise in Südkorea einen erfreulichen Auftragseingang verzeichnen und somit erneut ihr hohes technisches Niveau und ihre Spitzenstellung innerhalb der europäischen Werften unter Beweis stellen. Seit Mitte letzten Jahres ist der Auftragseingang in Deutschland/Europa angesichts südkoreanischer Angebote, die bis

zu 30 % unter den Weltmarktpreisen liegen, jedoch nahezu vollständig zusammengebrochen.

Die Gründe, die es südkoreanischen Werften ermöglichen, ihre Wettbewerber derart zu unterbieten, sind in den durch die Wirtschafts- und Finanzkrise bedingten ökonomischen Veränderungen zu suchen. Neben der dramatischen Abwertung des Won (ca. 25 %) hat die südkoreanische Wirtschaft zur Überwindung der Krise, aber auch zur Erfüllung der Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF), erhebliche Anstrengungen zur Konsolidierung ihrer Lage unternommen. Dazu gehören Lohnkürzungen von 20 bis 25 % und ein Abbau der Beschäftigten in Höhe von 20 %. Dagegen konnte der häufig geäußerte Verdacht des Dumpings bislang nicht bewiesen werden. Auch auf eine nicht ordnungsgemäße Verwendung der vom IWF gewährten Mittel gibt es keine Hinweise. Die strikte Umsetzung aller Auflagen des IWF muß aber weiterhin eingehend überwacht werden.

Daneben ist es unerläßlich, die Möglichkeiten, die sich aus bilateralen Kontakten ergeben können, zu nutzen, um die Verhältnisse auf dem Weltschiffbaumarkt wieder zu stabilisieren. Die Bemühungen der EU-Kommission, die Gespräche sowohl mit der koreanischen Regierung als auch mit der dortigen Werftindustrie führen will, sollten daher von den europäischen Mitgliedstaaten nach Kräften unterstützt werden.

Angesichts dieser angespannten Lage auf dem Weltschiffbaumarkt wird es immer schwieriger, den angestrebten Abbau des internationalen Subventionswettlaufs zu erreichen. Es wird bereits jetzt deutlich, daß eine Reihe der im Schiffbau präsenten EU-Mitgliedstaaten das Rezept zur Überwindung der Krise in einer Weiterführung der finanziellen Unterstützung ihrer Industrie sehen. Daher müssen die Bemühungen um ein wirksames multilaterales Subventionsabkommen, dem alle wichtigen Schiffbaunationen beitreten, weiter fortgesetzt werden.

Deutschland als die größte europäische Schiffbaunation darf nicht zulassen, daß zwischenzeitlich die Werftindustrie gegenüber ihren europäischen Wettbewerbern ins Hintertreffen gerät. Es müssen daher ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit die deutschen Werften im Vergleich zu ihren europäischen Konkurrenten in angemessenem Umfang durch die Gewährung von Produktionskostenzuschüssen unterstützt werden können. Die Industrie hat deutlich gemacht, daß die im Haushalt 1999 vorgesehenen 50 Mio. DM für die Förderung von Neugeschäften durch das Wettbewerbshilfeprogramm nicht ausreichen, um in angemessener Weise Aufträge für den deutschen Schiffbau zu akquirieren.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

- auf eine strikte Einhaltung der im Zusammenhang mit der Vergabe des Kredites des IWF an Südkorea stehenden Bedingungen zu achten und insbesondere sicherzustellen, daß diese Mittel nicht in unzulässiger Weise sensiblen Bereichen, wie z. B. dem Schiffbau, zugute kommen und auf verbindliche Kapazitätsbeschränkungen hinzuwirken,
- alle sich bietenden Gelegenheiten zu bilateralen Kontakten mit Südkorea zu nutzen und gemeinsam mit den wichtigsten Schiffbaunationen nach

Möglichkeiten zur verbindlichen Herstellung eines stabilen Weltschiffbaumarktes zu suchen,

– zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Schiffbaus vor allem in den nächsten zwei Jahren das bewährte Instrumentarium der auftragsbezogenen Förderung zu nutzen und hierfür im Rahmen der finanzpolitischen Möglichkeiten die notwendigen Mittel vorzusehen.

Bonn, den 16. März 1999

Hans Martin Bury
Ernst Schwanhold
Gerd Andres
Dr. Hans Peter Bartels
Klaus Barthel (Starnberg)
Bernhard Brinkmann (Hildesheim)
Dr. Michael Bürsch
Edelgard Bulmahn
Christel Deichmann
Dr. Peter Eckardt
Sebastian Edathy
Annette Faße
Lothar Fischer (Homburg)
Hans Forster
Arne Fuhrmann
Monika Ganseforth
Günter Graf (Friesoythe)
Monika Griefahn
Hans-Joachim Hacker
Anke Hartnagel
Hubertus Heil
Frank Hempel
Rolf Hempelmann
Monika Heubaum
Uwe Hiksch
Reinhold Hiller (Lübeck)
Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Iris Hoffmann (Wismar)
Gabriele Iwersen
Jann-Peter Janssen
Ilse Janz
Dr. Uwe Jens
Volker Jung (Düsseldorf)
Johannes Kahrs
Hans-Ulrich Klose
Volker Kröning
Konrad Kunick
Werner Labsch
Christian Lange (Backnang)
Detlev von Larcher
Götz-Peter Lohmann (Neubrandenburg)
Dr. Christine Lucyga
Dirk Manzewski
Ulrike Mehl
Angelika Mertens
Christian Müller (Zittau)
Volker Neumann (Bramsche)
Dr. Edith Niehuis
Dr. Rolf Niese
Manfred Opel
Holger Ortel
Kurt Palis
Reinhold Robbe
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Birgit Roth (Speyer)
Thomas Sauer
Bodo Seidenthal
Dr. Hermann Scheer
Horst Schild
Olaf Scholz
Dietmar Schütz (Oldenburg)
Brigitte Schulte (Hameln)
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast
Dr. Ditmar Staffelt
Antje-Marie Steen
Joachim Stünker
Franz Thönnes
Hedi Wegener
Wolfgang Weiermann
Reinhard Weis (Stendal)
Dr. Rainer Wend
Inge Wettig-Danielmeier
Dr. Margrit Wetzel
Heino Wiese (Hannover)
Klaus Wiesehügel
Engelbert Clemens Wistuba
Dr. Wolfgang Wodarg
Peter Zumkley
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Dr. Peter Struck und Fraktion

Werner Schulz (Leipzig)
Margareta Wolf (Frankfurt)
Kerstin Müller (Köln),
Rezzo Schlauch und Fraktion